

Ressort: Politik

EU-Mitgliedstaaten wollen Entwicklungshilfe kürzen

Brüssel, 01.09.2017, 18:00 Uhr

GDN - Die EU-Mitgliedstaaten dringen offenbar darauf, die im Budgetentwurf für das Jahr 2018 vorgesehenen Ausgaben für Entwicklungshilfe zu kürzen. Wie der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, sollen im Vergleich zum Etatentwurf der Kommission 90 Millionen Euro gestrichen werden.

Dagegen setzt sich der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), zur Wehr. Er sei über den Vorgang "sehr erstaunt", heißt es laut "Spiegel" in einem Brief Webers an die derzeitige estnische Ratspräsidentschaft. Eine derartige Kürzung sei "nicht im Einklang mit unseren politischen Versprechen", so Weber, schließlich gehe es darum, "die Ursachen der Migrationskrise anzupacken". Unterdessen ermahnte EU-Innen- und Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos die EU-Mitglieder zu mehr Engagement bei der Umsiedlung von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern wie beispielsweise Ägypten, Libyen, Niger, Äthiopien und dem Sudan. Europa habe "die juristische und moralische Verpflichtung, jenen Schutz zu gewähren, die ihn wirklich brauchen", schrieb er dem Bericht zufolge an den deutschen Innenminister Thomas de Maizière (CDU).

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-94060/eu-mitgliedstaaten-wollen-entwicklungshilfe-kuerzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619